

INTERVIEW: Gabi Schürch-Wyss gibt anlässlich des Frauenstreiks Auskunft über die Situation der Bäuerinnen

«Wir können uns nicht zurücklehnen»

Die Situation der Bäuerinnen habe sich verbessert. Es gebe aber immer noch viel zu tun in Sachen Gleichstellung, sagt die Vizepräsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbands (SBLV), Gabi Schürch.

INTERVIEW:
JULIA SPAHR

Heute streiken und demonstrieren schweizweit Frauen für Gleichstellung. Immer wieder ist auf Transparenten zu lesen, sie seien hässig. Wie geht es den Bäuerinnen, haben auch sie Grund, hässig zu sein?



Gabi Schürch-Wyss: Ich würde das nicht so sagen. Mir gefällt das Wort nicht. Aber es ist klar, es gibt Punkte, die es zu verbessern gilt, an denen wir als Verband arbeiten müssen.

An welchen Punkten?

Zum Beispiel an der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Da engagieren wir uns auf politischer Ebene. In der Frühjahrssession

«Es braucht auch auf dem Land Kindertagesstätten.»

zum Beispiel wurde ein Geschäft im Nationalrat beraten, das sich «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» nennt. Ziel der Vorlage ist



Noch nicht viele, aber mehr Frauen übernehmen Betriebe. (Bild: AgriAliForm)

unter anderem, dass Eltern für die institutionelle Kinderbetreuung finanziell entlastet werden. Dafür machen wir uns stark. Denn auch auf Bauernhöfen kann man als Paar mittlerweile nicht mehr davon ausgehen, dass Grosseltern ganz selbstständig Kinder hüten. Das ist absolut legitim und die ältere Generation soll sich frei fühlen können, andere Projekte zu verfolgen als bedingungslos für die Grosskinder da zu sein. Deshalb braucht es auch auf dem Land Kindertagesstätten und Tageschulen. Auch dafür machen wir uns stark.

Wo gibt es aus Sicht des SBLV sonst noch Handlungsbedarf? Die soziale Absicherung bleibt ein Dauerthema. Zum Beispiel, wenn es um Scheidung geht. Dazu wurde eine Motion eingereicht, die die angemessene

Entschädigung von Ehegattinnen und eingetragenen Partnern von Landwirtinnen und Landwirten im Scheidungsfall fordert. Der Schweizer Bauernverband (SBV) und wir haben Vorschläge für die Umsetzung zuhanden des BLW ausgearbeitet.

In der AP 22+ wird Folgendes geregelt: Es sind nur noch Betriebe zu Direktzahlungen berechtigt, die ihre familien-eigenen Mitarbeitenden (oft Frauen) sozial versichern. Dass dieser Punkt nun gesetzlich festgehalten wird, ist zu grossen Teilen der Arbeit des SBLV zu verdanken.

Ja, dafür haben wir jahrelang gekämpft, und es ist eine grosse Freude, dass dieser Punkt in der AP 22+ aufgenommen wurde. Das ist aber erst der Anfang. Es bleibt noch viel zu tun.

Was zum Beispiel?

Dass Frauen für ihre Arbeit nicht nur eine Sozialversicherung bekommen, sondern einen Lohn. Es gibt ja diesbezüglich verschiedene Modelle. Frauen können vom Betriebsleiter angestellt werden, sie können als selbstständig erwerbend eingetragen werden und mit dem Mann zusammen den Betrieb führen oder ihren eigenen Betriebszweig unter sich haben.

Hat sich diesbezüglich auch schon etwas verändert?

Eine Studie des BLW und der Agridea hat letztes Jahr gezeigt, dass 55 Prozent der Frauen, die auf Landwirtschaftsbetrieben mitarbeiten, einen Lohn erhalten oder als Selbstständige eingetragen sind. Nur noch 32 Prozent, gaben an, keinen Lohn zu erhalten. 13 Prozent wollten sich dazu nicht äussern. Es hat sich also etwas getan, trotzdem braucht es auch da noch viel Arbeit, damit letztlich alle Frauen wenn immer möglich einen Lohn bekommen.

Wie könnte sich das ändern?

Von sehr grosser Bedeutung ist, dass man als Paar offen über solche Themen spricht. Am besten vor der Hochzeit oder der Betriebsübernahme. Nie ist die Chance für einen Neuanfang und eine gute Organisation von Grund auf so gross. Beide Partner sollen sich überlegen, was ihre Stärken sind und was sie gern machen. Dementsprechend sollten die Aufgaben verteilt und Lösungen zur Entlohnung gefunden werden. Dabei kann man mutig, offen und kreativ

sein. Wenn ein Mann gern die Kinderbetreuung übernehmen würde und sich die Frau lieber um das Herdenmanagement kümmert, soll das Paar sich unbedingt dementsprechend organisieren. Sie sollten sich, wenn sie das möchten, von eingefahrenen Rollenverteilungen befreien und selbstsicher auftreten gegenüber Eltern und Schwiegereltern, die vielleicht die Entscheide gegebenenfalls nicht gutheissen.

Mittlerweile gibt es auch etwas mehr Frauen, die Betriebe leiten.

Genau. Das war besonders erfreulich an der erwähnten Studie von BLW und Agridea. Einerseits ist der Anteil der Mitwirtschafterinnen auf 26

«Paare sollen mutig, offen und kreativ sein.»

Prozent gestiegen, und neun Prozent gaben an, alleinige Betriebsleiterinnen zu sein. Das ist immer noch nicht viel, aber vor zehn Jahren waren es erst fünf Prozent. Immer mehr Frauen steigen in die landwirtschaftliche Grundbildung ein. Frauen führen ausserdem tendenziell flächenmässig grössere Betriebe. Das ist ein wichtiges Signal an andere junge Frauen.

Was braucht es sonst noch, damit mehr junge Frauen Betriebe übernehmen?

Nebst Ausbildung und Vorbildern ist das Elternhaus von grosser Bedeutung. Mütter und

Väter sollten ihre Töchter von Anfang an in offenen Diskussionen einbinden und sie unterstützen, wenn sie den Wunsch äussern, den Betrieb zu übernehmen.

Das Parlament hat im März die Reform der beruflichen Vorsorge (BVG 21) verabschiedet. Sie zielt darauf ab, die Absicherung von Teilzeitbeschäftigten zu verbessern. Der SBLV spricht sich dafür aus. Ja. Wir sind dafür, weil Frauen häufig Teilzeit arbeiten und damit finanziell langfristig besser abgesichert sind.

Der Bauernverband hat sich gegen die Reform ausgesprochen, weil sie für Arbeitgeber mehr Kosten bedeuten würde. Was bedeutet es, nicht gleicher Meinung zu sein wie der Bauernverband?

In vielen Belangen sind sich der SBV und der SBLV einig und es ist uns wichtig, grundsätzlich am gleichen Strang zu ziehen. Wir engagieren uns zum Beispiel stark für bessere Produzentenpreise. Manchmal gewichten wir die Anliegen der Frauen jedoch stärker als andere agrarpolitische Fragen. Dieses Vorgehen entspricht den Zielen, die in unseren Statuten festgehalten sind. Solange es noch Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten gibt zwischen Frauen und Männern, ist es wichtig, dass wir unsere Arbeit machen und den Schwerpunkt auf Frauenanliegen legen. Obwohl sich wie gesagt schon viel getan hat, braucht es uns noch und wir müssen ständig weitermachen. Noch können wir uns nicht zurücklehnen.

LESERBRIEFE

«Elternzeit – ein Problem für Betriebe»

Zur bernisch-kantonalen Initiative für eine Elternzeit.

Am 18. Juni stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über drei Vorlagen ab. Über diese drei Vorlagen wird breit diskutiert. Aus meiner Sicht oft zu wenig beachtet werden die kantonalen Abstimmungen. So auch dieses Mal. Im Kanton Bern etwa stimmen wir über die Einführung einer sogenannten «Elternzeit» ab. Auf den ersten Blick ein sympathisches Anliegen, könnte man meinen. Auf den zweiten Blick aber sehr viel weniger, wie ein genauer Blick auf die Vorlage verrät. Mit der Elternzeitinitiative soll im Kanton Bern zusätzlich zum eidgenössischen Mutter- und Vaterschaftsurlaub eine bezahlte Elternzeit von 24 Wochen eingeführt werden. Diese Elternzeit würde zusätzlich zum bestehenden, national einheitlich geregelten Mutterschaftsurlaub (14 Wochen) sowie zum Vaterschaftsurlaub (zwei Wochen) gewährt. Die Initianten haben es sich einfach gemacht und sich in der Initiative nicht zur Finanzierung geäussert. Die Kosten für diese Luxuslösung sind hoch: Die Berner Regierung schätzt sie auf 200 Millionen Franken jährlich. Geld, das der Kanton Bern schlicht nicht hat. Dazu kommt aber auch noch ein anderer Aspekt: Wie sollen die Betriebe – wozu ja auch Landwirtschaftsbetriebe gehören – so lange Abwesenheiten von Angestellten organisatorisch überbrücken? Die Stellen müssen



Mit der bernischen Elternzeit wäre jeder Vater mindestens acht Wochen im Vaterschaftsurlaub. (Bild: Adobe Stock)

ja für die Eltern offengehalten werden. Es läuft darauf hinaus, dass andere die zusätzliche Arbeitslast schultern müssen. Oder darauf, dass temporär eingestellte Arbeitnehmer die undankbare Aufgabe der Lückenbüsser übernehmen müssen. Ob dies beim aktuellen Arbeitskräftemangel überhaupt möglich ist? Ich wage es zu bezweifeln. Deshalb empfehle ich dringend, diese teure und nicht durchdachte Volksinitiative für Elternzeit abzulehnen und keinen unnötigen Berner Sonderweg zu gehen.

Samuel Krähenbühl
Grossrat SVP
Unterlangenegg BE

«Ein klares Ja für den Klimaschutz»

Zum Klimaschutzgesetz.

Seit unserer Kindheit haben wir gelernt: «Wenn du etwas willst, tu etwas dafür!» Das neue Klimagesetz, welches zur Abstimmung steht, bringt nebst der Reduktion des CO₂-Ausstosses viele positive Aspekte mit sich. Es wird viel über und von Gebäudeeigentümern diskutiert. Bis jetzt haben gerade diese einen grossen Beitrag zur CO₂-Ausstosses beigetragen. Zusätzlich haben sie das Investitionsrisiko auf sich genommen und in erneuerbare Energien investiert.

Es gibt noch Potenzial. Sehr viele Eigentümer wollen der Umwelt Sorge tragen. Sie sind bereit, weitere Investitionen und Massnahmen anzugehen. Es ist nicht immer leicht, die Investitionen, die neue Auflagen und Gesetze erfordern, stemmen zu können. Deshalb bietet das neue Gesetz finanzielle Unterstützung für den Ersatz von fossilen Heizungen und von Elektroheizungen (welche tatsächlich Stromfresser sind und deshalb ersetzt werden sollen). Für mich ist ein wichtiges übergeordnetes Ziel die Energieunabhängigkeit der Schweiz vom Ausland. Aktuell hatten wir mit der Energiemangellage noch einmal Glück. Mit der Annahme dieses Gesetzes können wir in allen drei beschriebenen Bereichen – Ersatz von fossiler und von Stromheizung, Weiterentwicklungen durch die Forschung und mehr Unabhängigkeit vom Ausland – einen grossen Schritt nach vorne gehen. Deshalb ein klares Ja zum Klimaschutzgesetz.

Rosy Schmid
Bald Altkantonsrätin FDP
Hildisrieden LU

Leserbriefe werden im «Schweizer Bauer» gerne veröffentlicht. Kurz gefasste Leserbriefe (max. 1500 Zeichen) werden bei der Auswahl bevorzugt behandelt. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Über nicht veröffentlichte Beiträge wird keine Korrespondenz geführt.

Redaktion «Schweizer Bauer»
Leserbriefe, Pf. 8135, 3001 Bern
Fax: 031 330 95 32
Mail: leserbriefe@schweizerbauer.ch

MEDIENSCHAU I

«Null geht bei Bauern nicht»

SRF-Wissenschaftsredaktor Klaus Ammann berichtet in der Radiosendung «Trend»: «In verschiedenen Bereichen kann der Ausstoss von Treibhausgasen auf null reduziert werden – im Verkehr beispielsweise können Elek-



tromotoren Benziner und Diesler ersetzen, beim Heizen Wärmepumpen Gasheizungen.» Klammerbemerkung: Die graue Energie in der Autobatterie wird da nicht berücksichtigt. «Schwieriger wird das in der Landwirtschaft und beispielsweise bei der Betonproduktion. Die dort ausgestossenen Treibhausgase müssen anderswo oder gleich dort, wo sie entstehen, wieder abgeschieden werden – durch negative Emissionen.» Ammann berichtet, wie CO₂ aus der Luft abgesaugt wird und unter anderem mit Bahn und Schiff nach Island gebracht wird, wo es mit Wasser gemischt und in den Boden gepumpt und versteinert wird. *sal*

MEDIENSCHAU II

«Die kaufen uns das Land weg»

Die deutsche Zeitung «Der Südkurier» berichtet von einem Medienanlass auf einem Bauernhof in Detzels (D). Oswald Tröndle vom Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverband habe dort beklagt, dass sich trotz Petitionen,



Demonstrationen und Eingaben die Landnahme der Schweizer Bauern im Kreis Waldshut weiter ausgedehnt habe. Inzwischen seien etwa 8000 Hektaren in Schweizer Hand, schwerpunktmässig im Stühlinger Raum. «Sie kaufen hier ihre Betriebsmittel wesentlich billiger als in der Schweiz, bekommen EU-Förderung auf die Fläche und führen ihre Erzeugnisse zollfrei über die Grenze, wo sie sie zu höheren Preisen verkaufen», steht in der Zeitung (wobei es hier Einschränkungen gibt). Schweizer Bauern könnten weit höhere Pacht- und Landpreise bezahlen und würden damit die einheimischen Landwirte verdrängen, heisst es. *sal*

REKLAME

hohe Zellzahlen? auch bei Hitzestress

ZellZahlschutz® flüssig, schnell und einfach

Schweizer Qualität seit 1962



www.kuenzle-farma.ch
Tel. 071 414 0 414